

Schumann, Silke: *Kooperation und Effizienz im Dienste des Eroberungskrieges. Die Organisation von Arbeitseinsatz, Soldatenrekrutierung und Zwangsarbeit in der Region Chemnitz 1939 bis 1945*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016. ISBN: 978-3-525-36973-9; 436 S.

Rezensiert von: Oliver Werner, Institut für Didaktik der Demokratie (IDD), Leibniz Universität Hannover

Die Fähigkeit des NS-Regimes, die deutschen Kriegsanstrengungen bis in das Frühjahr 1945 aufrechtzuerhalten, basierte nicht zuletzt auf der Mitarbeit und Anpassungsfähigkeit regionaler und lokaler Akteure. Diese Erkenntnis hat sich in den vergangenen Jahren weitgehend durchgesetzt. Einschlägige Untersuchungen zeigen, dass sowohl der Fokus auf regionale Akteure und Strukturen als auch die Konzentration auf einzelne Politik- bzw. Aufgabenfelder unser Verständnis von der Mobilisierungs- und Durchhaltefähigkeit des „Dritten Reiches“ ganz wesentlich erweitern.¹

Silke Schumann belegt mit ihrer bei Klaus-Dietmar Henke entstandenen Dissertation eindrucksvoll, wie erkenntnisfördernd diese Perspektive weiterhin ist. Sie untersucht das Politikfeld des „Arbeitseinsatzes“ von 1939 bis 1945 am Beispiel der Region Chemnitz und bezieht dabei Behörden und Unternehmen in dem Maße in die Betrachtung ein, wie sie auf diesem Feld tatsächlich tätig waren. Trotz kriegsbedingter Aktenverluste kann sie sich auf den sehr aussagefähigen Bestand der Industrie- und Handelskammer Chemnitz stützen, der – anders als die Bestände der Kammern Leipzig und Dresden – den Zweiten Weltkrieg weitgehend überstanden hat.² Mithin ist Schumanns Arbeit auch ein wichtiger Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Sachsens.

Ausgangspunkt der Studie bildet die Feststellung, dass regionale und lokale Instanzen im nationalsozialistischen Deutschland „die häufig wechselnden und selten klar formulierten Prioritäten des Regimes und seiner unterschiedlichen Sonderverwaltungen zu interpretieren und in einer Gemengelage widerstreitender lokaler und regionaler Interessen durchzusetzen“ (S. 11) hatten. Die „totalitäre Bürokratisierung“ (Ludolf Herbst) der NS-

Herrschaft begünstigte trotz aller Reibungsverluste gesellschaftliche Selbstorganisationskräfte, sodass regionale Akteure durchgängig für zentrale Vorgaben empfänglich blieben und zugleich immer wieder ihr Improvisationsvermögen unter Beweis stellen konnten.

Schumann untersucht den nationalsozialistischen „Arbeitseinsatz“ in seiner ganzen Breite, indem sie die Interessenlagen der Wehrersatzbehörden, der Arbeitsämter und wirtschaftlicher Interessenvertreter auslotet und die regionalen Konfliktlagen verdeutlicht. Die Auseinandersetzungen über die Verpflichtung von Frauen werden ebenso berücksichtigt wie „die Einbettung der Zwangsarbeit in den Gesamtkontext der regionalen Arbeitskräfteelenkung“ (S. 20) und die rassistischen Hierarchien im betrieblichen Alltag. Dabei wird erkennbar, dass regionale Akteure keineswegs einfache Vollstrecker zentraler Mobilisierungsvorgaben waren. Funktionäre der mittleren Militär- und Arbeitsverwaltung sowie einzelner Unternehmen kommunizierten häufig informell unter klarer Umgehung vorgeschriebener Dienstwege. Die durch wiederholte Kommunikation quasi institutionalisierten Zusammenschlüsse ermöglichten Kooperation in Sachfragen und gewährleisteten in den Wehrkreisen „die Kontinuität des Handelns und der Handelnden“ (S. 396). Im Frühjahr 1941 wurden etwa bei der Einrichtung der „Engpasskommissionen“ des Todt-Ministeriums – gemeinhin als ein markanter Einschnitt für die deutsche Rüstungswirt-

¹Mit einem strukturgeschichtlichen Fokus Markus Fleischhauer, *Der NS-Gau Thüringen 1939–1945. Eine Struktur- und Funktionsgeschichte*, Köln 2010; dazu die Rezension von Uwe Lohalm in: *H-Soz-u-Kult*, 30.10.2010, <http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-13513> (24.11.2016); für die Untersuchung eines Politikfeldes siehe etwa Jörn Brinkhus, *Luftschutz und Versorgungspolitik. Regionen und Gemeinden im NS-Staat 1942–1944/45*, Bielefeld 2010.

²Das Online-Findbuch des Bestands der IHK Chemnitz findet sich unter http://www.archiv.sachsen.de/archiv/bestand.jsp?oid=02.03.07.05&bestandid=30874&syg_id=30874 (24.11.2016). Leider nutzt Schumann durchgängig jene alten Bestands-signaturen, die der zuvor in Dresden aufbewahrte IHK-Bestand bis 2004 hatte. Hier wäre zumindest eine Konkordanz hilfreich gewesen, um die Quellenbelege anhand der neuen Signaturen nachvollziehen zu können.

schaft gewertet³ – die bisherigen Arbeitsamtskommissionen in der Region Chemnitz vom Rüstungsinspekteur Walter Friedensburg „weitgehend bruchlos in die eigentlich neu zu gründenden Sonder- bzw. Unterprüfungskommissionen“ (ebd.) überführt.

Es liegt auf der Hand, dass sich die Verwaltung der Ressource Arbeitskraft umso schwieriger gestaltete, je knapper sie im Laufe des Krieges wurde. Schon deshalb bildete das Jahr 1942 mit einem nun zeitlich und militärisch unabsehbaren Ende des Krieges eine tiefe Umbruchphase, deren Krisencharakter durch die zunehmenden Verluste der Wehrmacht noch verstärkt wurde. Die Reaktionen des Regimes auf die prekäre Lage – allen voran die Ernennung Fritz Sauckels zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz im März 1942 und der Ausbau der regionalen Instanzen des Speer-Ministeriums bis zum Herbst 1942 – veränderten das Institutionengefüge in den Gauen und Wehrkreisen tiefgreifend. Schumann arbeitet für die Region Chemnitz überzeugend heraus, dass damit zentrale Vorgaben wirkungsvoller artikuliert werden konnten und zugleich regionale Akteure ihre Fähigkeit behielten, eigene Konzepte und Tatkraft in die Mobilisierung einfließen zu lassen. Die selbstverständliche Beteiligung regionaler und lokaler Behörden bei der Bildung von KZ-Außenlagern ist vor diesem Hintergrund als Ausdruck der Durchsetzungsfähigkeit zentraler und regionaler Akteure zu werten.

Die analytische Stärke dieser Forschungsperspektive zeigt sich besonders bei der Untersuchung von Auskämmkampagnen wie der „Wissmann-Aktion“ im Herbst 1943. Das Rüstungsministerium strebte damit an, kleinere Firmen in großen Rüstungsunternehmen aufgehen zu lassen, um sowohl Arbeitskräfte einzusparen als auch den Zugriff des Reichsministeriums auf regionale Ressourcen durch Umgehung widerspenstiger Parteidienststellen zu vereinfachen. Der Effekt war in Chemnitz allerdings gegenteilig: Kreisfunktionäre der NSDAP waren von Beginn an systematisch an der Suche nach umsetzungswürdigen Betrieben beteiligt, und eine von regionalen Verantwortungsträgern gebildete Betriebsumsetzungskommission vermochte die Stilllegungsimpulse zu kanalisie-

ren, zumal man im Rüstungsministerium eingestand, dass „von Berlin aus nicht einwandfrei zu ersehen ist, ob alle Vorschläge für eine Umsetzung geeignet“ (zitiert auf S. 331) seien. Diese Abschwächung zentraler Vorgaben wirft auch ein bezeichnendes Licht auf Walter Linse, der nach Abschluss der „Arisierungen“ in Chemnitz als „Kräftebedarfsreferent“ (S. 21) der IHK Chemnitz erfolgreich die Interventionen des Rüstungsministeriums auffing.⁴ Kooperation und Effizienz bildeten die Grundlage für die Durchsetzungskraft regionaler Kooperationsstrukturen im NS-Regime.

Die kooperative Haltung regionaler Eliten nutzte sich sukzessive ab, auch wenn sich in der Endphase des Krieges – gerade durch die Fragmentierung des Wirtschaftsraumes – immer wieder dynamisierende Momente feststellen lassen. Bewährte Kooperationsbeziehungen begannen zu bröckeln, „als die örtlich Handelnden das Gefühl bekamen, dass die Arbeitskräfteressourcen nicht mehr ausreichten, um beide Bereiche, Front und Rüstung, einigermaßen sinnvoll zu bedienen“. (S. 406) Zudem lehnte die regionale Wirtschaftselite Zwangsmaßnahmen ab, „durch die sie die wirtschaftliche Struktur und damit die Identität der Region und ihrer Gesellschaft nachhaltig, also über das Kriegsende hinaus, beschädigt und damit bedroht“ (S. 403) sah.

Wie weit sich diese veränderte Haltung in der letzten Kriegsphase allerdings auch im Verhalten der regionalen Eliten im Chemnitzer Raum niedergeschlagen hat, ist angesichts der für das Frühjahr 1945 schwierigen Quellenlage schwer zu ermitteln. Überhaupt spiegeln die Aktenvermerke, Sitzungsniederschriften und Besprechungsprotokolle häufig eher vermeintlich dysfunktionale As-

³ Siehe beispielsweise Bernhard R. Kroener, Die personellen Ressourcen des Dritten Reiches im Spannungsfeld zwischen Wehrmacht, Bürokratie und Kriegswirtschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/1, Stuttgart 1988 S. 693–1001, hier S. 805–807.

⁴ Zur Karriere von Walter Linse in der NS-Zeit und zu seiner Rolle bei der „Arisierung“ Chemnitzer Unternehmen siehe Klaus Bästlein, Vom NS-Täter zum Opfer des Stalinismus: Dr. Walter Linse. Ein deutscher Jurist im 20. Jahrhundert, Berlin 2008, sowie eine Expertise desselben Autors unter http://www.berlin.de/imperia/md/content/istu/cfpundexpertisen/baestlein_expertise_walter_linse.ppt.pdf (24.11.2016).

pekte des kriegswirtschaftlichen „Wirrwarrrs“ wider, während Kooperation und Effizienz mühsam und manchmal hypothetisch ermittelt werden müssen. So legte der Rüstungsobmann des Wehrkreises IV (Dresden), Hans Führer, im Dezember 1943 die Schwächen der Rüstungsorganisation dar und betonte, Speer habe ihm versichert, es sei „dringendstes Erfordernis, in den Zuständigkeitsfragen zu klaren und einfachen Verhältnissen zurückzukehren“⁵ – freilich ohne auszuführen, wann solche Verhältnisse jemals geherrscht hätten. Führer erscheint in solchen Quellen beinahe wie ein Interessenvertreter der sächsischen Industrie. In anderen Zusammenhängen, etwa in der Schrift „Front in der Heimat“, die neben einer Heroisierung des Rüstungsarbeiters von drastischen antisemitischen Stereotypen geprägt ist, betont Führer, dass die NSDAP „alle unproduktiven Elemente“ bekämpfe, besonders aber „den Juden als ausgesprochenen Typ des Nichtstuers, Ausbeuters, Verräters und Schiebers“.⁶ Diese ideologischen Prämissen blieben untrennbar mit den deutschen Rüstungsanstrengungen verbunden.

Die Beispiele von Hans Führer und Walter Linse zeigen, wie dringend nötig es ist, den von Schumann in ihrer innovativen Studie beschrittenen Weg auf der Suche nach der mobilisierenden Dynamik des NS-Regimes und den Motivlagen regionaler Verantwortungsträger fortzusetzen. Dabei dürfte der konstruierte Gegensatz zwischen polykratischen Konflikten auf der Reichsebene einerseits und ausgleichenden Strategien auf nachgeordneten Ebenen andererseits in den Hintergrund treten. Denn gerade jene Akteure, die die Konfliktlagen in der deutschen Rüstungswirtschaft genau kannten und sie im Sinne zentraler Vorgaben und Kompetenzerweiterungen zu nutzen verstanden, konnten eigene Interessen durchsetzen und sich bis zum Kriegsende in ihren Funktionen halten.

HistLit 2017-1-029 / Oliver Werner über Schumann, Silke: *Kooperation und Effizienz im Dienste des Eroberungskrieges. Die Organisation von Arbeitseinsatz, Soldatenrekrutierung und Zwangsarbeit in der Region Chemnitz 1939 bis 1945*. Göttingen 2016, in: H-Soz-Kult 12.01.2017.

⁵ „Besprechung des Rüstungsobmannes Führer mit den Bezirksbeauftragten am 22.12.1943“, Protokoll vom 28.12.1943, in: Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz, 30874 Industrie- und Handelskammer Chemnitz, Nr. 370, nicht foliiert (6 Bl.), Zitat Bl. 2.

⁶ Josef Pöchlinger (Hrsg.), *Front in der Heimat. Das Buch des deutschen Rüstungsarbeiters*, Berlin 1942; dort Hans Führers Beitrag „Der Einsatz der Partei für die deutsche Rüstung“ auf S. 114–131, Zitat S. 115.